



SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Interessengemeinschaft  
"Grüne Zukunft für die Hummelsbüttler Müllberge"  
(IgHM)

Dr. Andreas Dressel, Fraktionsvorsitzender  
Telefon: (040) 4 28 31 - 13 25  
Mobil: 01 75 - 5 72 90 71  
Fax: (040) 4 28 31 - 24 35  
Andreas.Dressel@spd-fraktion.hamburg.de

9. Februar 2015

## Ihre Fragen

Liebe Frau Otteni,

mit bestem Dank für die gelungene Veranstaltung, die nochmal ein deutliches Zeichen gesetzt hat, dass die Deponieerweiterung politisch unerwünscht ist, übersende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen.

Beste Grüße aus dem Rathaus – auch an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter

Ihr

**Andreas Dressel**

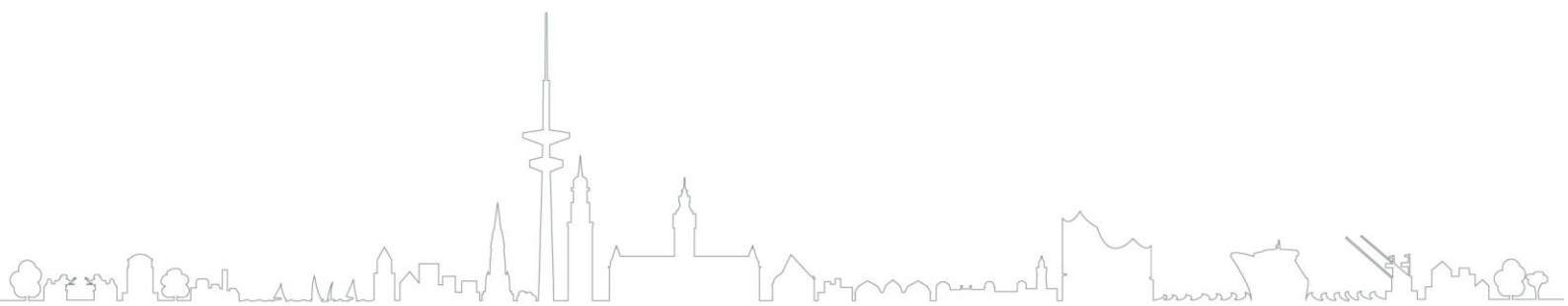
SPD-Fraktionsvorsitzender

### 1. Sind Sie für eine Überprüfung der Altdeponien auf Sanierungsbedarf und strengere Überwachung der Altlasten?

*Wenn es konkret erforderlich ist, ein klares Ja! Die Altdeponien werden nach meinen Informationen regelmäßig auf schädliche oder giftige Stoffe überprüft. Dazu gehören auch Überprüfungen des Grundwassers. Gegenwärtig sieht die zuständige Behörde keinen konkreten Sanierungsbedarf. Falls das Planfeststellungsverfahren ergibt, dass weitere Prüfungen notwendig sind, unterstützen wir diese wie auch ggf. anfallende Sanierungen der Altdeponien ausdrücklich.*



Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
Telefon: (040) 4 28 31 - 13 25  
Telefax: (040) 4 28 31 - 24 35  
info@spd-fraktion.hamburg.de  
www.spd-fraktion-hamburg.de



## **2. Unterstützen Sie die Begrabung aller Deponiepläne in der Hummelsbüttler Feldmark?**

*Wir wollen in der Hummelsbüttler Feldmark keine Erweiterung der bestehenden Mülldeponie – dieses haben wir klargestellt, vor Ort, im Bezirk und gegenüber der zuständigen Behörde. Rechtliche Anforderungen und Rahmen müssen jedoch eingehalten werden. Wir treten aber dafür ein, im laufenden Planfeststellungsverfahren alle rechtlichen Möglichkeiten für eine Versagung der Genehmigung auszuschöpfen.*

*Dass es überhaupt entsprechende Überlegungen gibt, Vorbereitungen zur Erweiterung der Deponie Hummelsbüttel aufzunehmen, liegt aber bereits in der Verantwortung des früheren CDU-Senats und wurde unter schwarz-grün fortgesetzt. Im Einzelnen: Die Verordnung über das Naturschutzgebiet Hummelsbütteler Moore vom 8. Januar 2008 (VO-Text: <http://www.hamburg.de/naturschutz/135282/gesetze/> ) beinhaltet neben der Ausweisung der Naturschutzgebietsflächen südlich des Hummelsees zugleich die Aufhebung des Landschaftsschutzes für die Flächen nördlich des Sees, die als Deponieflächen benötigt würden. Diese Verordnung wurde durch den CDU-Senat erlassen und stellte eine Voraussetzung für das laufende Planfeststellungsverfahren dar. Die Erweiterung der Deponie setzte zudem einen Tausch von Grundstücken voraus; über das maßgebliche Flurstück 11 wurde mit Datum vom 01.10.2008 ein Tauschvertrag geschlossen. Dieser Vertrag fiel also zeitlich in die Regierungsverantwortung des CDU/ GAL-Senats. Das Planfeststellungsverfahren ergibt sich als rechtliche Konsequenz aus dem Antrag der Fa. Eggers (2013), der durch die unter den Vorgängersenkaten geleistete Vorarbeit überhaupt erst möglich wurde.*

## **3. Sind Sie für eine Wiederaufnahme der geplanten Deponiefläche ins Landschaftsschutzgebiet?**

*Auch hier müssen wir die Ergebnisse des Planfeststellungsverfahrens abwarten. Die Aufnahme der geplanten Deponiefläche ins Landschaftsschutzgebiet unterstützen wir, wenn die Bedingungen unter 2. erfüllt sind. In diesem Sinne wollen wir den guten Dialog mit einem gemeinsamen klaren Ziel auch in der neuen Wahlperiode fortsetzen.*